

# **AG\_VERWALTUNGSGERICHT WPR.2022.79 vom 28. Oktober 2022**

AG Verwaltungsgericht, 2022-10-28, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ag\\_verwaltungsgericht\\_WPR.2022.79](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ag_verwaltungsgericht_WPR.2022.79)

FR: AG\_VERWALTUNGSGERICHT WPR.2022.79 du 28 octobre 2022

IT: AG\_VERWALTUNGSGERICHT WPR.2022.79 del 28 ottobre 2022

## **Erwägungen**

### **E. 2**

Die Haft begann am 27. Oktober 2022, 08:45 Uhr. Sie wird in Anwendung von Art. 76 AIG für drei Monate bis zum 26. Januar 2023, 12.00 Uhr, angeordnet.

#### **E. 2.1**

Das MIKA begründet seine Haftanordnung damit, dass es den Gesuchsgegner aus der Schweiz ausschaffen und mit der Haft den Vollzug sicherstellen wolle. Der Haftzweck ist damit erstellt.

#### **E. 2.2**

Der Haftrichter hat sich im Rahmen der Prüfung, ob die Ausschaffungshaft rechtmässig ist, Gewissheit darüber zu verschaffen, ob ein erstinstanzlicher Weg- oder Ausweisungsentscheid eröffnet oder eine erstinstanzliche Landesverweisung ausgesprochen wurde (Art. 76 Abs. 1 AIG).

#### **E. 2.3**

Gemäss Art. 80 Abs. 6 lit. a AIG ist die Haft zu beenden, wenn sich erweist, dass der Vollzug der Wegweisung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen undurchführbar ist. 1.1.1. Diesbezüglich brachte der Rechtvertreter des Gesuchsgegners anlässlich der heutigen Verhandlung im Wesentlichen vor, dass dessen Ausschaffung gegen das Non-Refoulement-Gebot verstossen würde. Da der Gesuchsgegner in Opposition zur Russischen Föderation stehe und durch seinen Aufenthalt in Syrien, würde er ernsthaft Gefahr laufen, in Russland verfolgt und getötet zu werden. Zudem müsse der Gesuchsgegner bei seiner Rückschaffung nach Russland mit dem Einzug in den Militärdienst und seiner Versetzung an die Front rechnen. Folglich wäre die Ausschaffung des Gesuchsgegners nach Russland nicht vollziehbar. Einer Ausschaffung können zwar als rechtliche Haftbeendigungsgründe das Non-Refoulement-Gebot oder die Unzumutbarkeit des Vollzugs entgegenstehen, falls die ausländische Person im Heimatstaat einer konkreten Gefährdung ausgesetzt wäre. Diesbezüglich ist im Rahmen des Haftentscheids jedoch nur zu prüfen, ob der zu sichernde Wegweisungsentscheid als augenfällig unzulässig bzw. derart offensichtlich unzulässig erscheint, dass er sich letztlich als nichtig erweist (BGE 130 II 56, Erw. 4.1.3).

- 5 - Der vorliegende zu sichernde Wegweisungsentscheid des SEM vom 29. Juli 2022 wurde mit Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Oktober 2022 bestätigt. Darin gelangt das Bundesverwaltungsgericht in Übereinstimmung mit der Einschätzung des SEM zum Schluss, dass der Gesuchsgegner in Sicherheit und dauerhaft in seinen Heimatstaat Russland zurückkehren kann. Trotz der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen

Russland und der Ukraine biete die allgemeine Menschenrechtssituation in Russland zum heutigen Zeitpunkt keinen konkreten Anlass zur Annahme, dem Gesuchsgegner drohe bei einer heutigen Rückkehr persönlich eine gezielte Gefährdung (Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Oktober 2022, Erw. 6.2; act. 34). Folglich erscheint der Wegweisungsentscheid des SEM vom 29. Juli 2022 nicht als offensichtlich unzulässig und entgegen den Vorbringen des Rechtvertreters sind keine Anzeichen vorhanden, die an der Ausschaffungsmöglichkeit in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht Zweifel aufkommen lassen würden. 1.1.2. Auch der Umstand, dass der Gesuchsgegner während der heutigen Verhandlung seinem Willen Ausdruck gegeben hat, ein Asylgesuch aus der Haft stellen zu wollen, ändert an dieser Beurteilung nichts. Da in absehbarer Zeit mit dem Abschluss des Asylverfahrens und somit weiterhin mit dem baldigen Vollzug der Wegweisung zu rechnen ist, steht das für den Gesuchsgegner durchzuführende Asylverfahren (vgl. dazu bzw. zur für den Gesuchsgegner bestehenden Möglichkeit, ein Asylgesuch zu stellen, auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts E-3828/2022 vom 25. Oktober 2022 Erw. 5.3 am Ende) der Anordnung der Ausschaffungshaft nicht entgegen (BGE 140 II 409 Erw. 2.3.3; Urteil des Bundesgerichts 2C\_260/2018 vom 9. April 2018 Erw. 4.2). 3.

### **E. 3**

Die Verfahrens- und Vollzugskosten seien auf die Staatskasse zu nehmen.

#### **E. 3.1**

Das MIKA stützt seine Haftanordnung auf Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 3 AIG, wonach ein Haftgrund dann vorliegt, wenn konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass sich die betroffene Person der Ausschaffung entziehen will, insbesondere, weil sie der Mitwirkungspflicht nach Art. 90 AIG und Art. 8 Abs. 1 lit. a oder Abs. 4 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG, SR 142.31) nicht nachkommt. Ob im Sinne dieser Gesetzesbestimmung konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass sich eine Person der Ausschaffung entziehen will, ist aufgrund des ganzen bisherigen Verhaltens, insbesondere auch gegenüber den Behörden, sowie ihrer eigenen Aussagen zu beurteilen. Auch wenn einzelne Fakten für sich eine Ausschaffungshaft nicht rechtfertigen, kann dies aufgrund der Gesamtheit der Vorkommnisse der Fall sein. Erforderlich sind gewichtige

- 6 - Anhaltspunkte dafür, dass die betroffene Person sich der Ausschaffung entziehen und untertauchen will. Die blosser Vermutung, dass sie sich der Wegweisung entziehen könnte, genügt nicht; deren Vollzug muss erheblich gefährdet erscheinen (vgl. BGE 129 I 139, Erw. 4.2.1). Von einer Untertauchungsgefahr und damit von einem Haftgrund ist zudem auch dann auszugehen, wenn das bisherige Verhalten der betroffenen Person darauf schliessen lässt, dass sie sich behördlichen Anordnungen widersetzt (Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 4 AIG). Eine klare Trennung der beiden genannten Haftgründe ist in der Praxis kaum möglich. Vielmehr ist Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 4 AIG wohl als Präzisierung von Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 3 AIG zu verstehen, womit die beiden Bestimmungen als einheitlicher Haftgrund zu betrachten sind (vgl. ANDREAS ZÜND, in: MARC SPESCHA/ANDREAS ZÜND/PETER BOLZLI/CONSTANTIN HRUSCHKA/FANNY DE WECK [Hrsg.], Kommentar Migrationsrecht, 5. Aufl., Zürich 2019, N. 7 zu Art. 76 AIG und TARKAN GÖKSU, in: MARTINA CARONI/THOMAS GÄCHTER/DANIELA THURNHERR [Hrsg.], Stämpflis Handkommentar zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer [AuG], Bern 2010, N. 11 zu Art. 76).

### **E. 3.2**

Im Rahmen des rechtlichen Gehörs betreffend die Anordnung der Ausschaffungshaft vom 27. Oktober 2022 wie auch anlässlich der heutigen Verhandlung gab der Gesuchsgegner dezidiert zu Protokoll, er werde die Schweiz nicht in Richtung Russland verlassen. Kommt hinzu, dass er sich bis dato weigert, seinen gültigen russischen Reisepass beizubringen, obwohl ihm dies eigenen Angaben zufolge möglich wäre. Damit gab der Gesuchsgegner einerseits klar zu erkennen, dass er nicht in seinen Heimatstaat zurückzukehren bereit ist und kam andererseits seiner Mitwirkungspflicht bei der Papierbeschaffung nicht nach. Der Gesuchsgegner setzt mit diesem Verhalten (klare Willensäusserung, dass er nicht ausreisen wolle, Verweigerung der Mitwirkung bei der Papierbeschaffung) klare Anzeichen für eine Untertauchungsgefahr (BGE 130 II 377 Erw. 3.2.2; Urteil des Bundesgerichts 2C\_695/2020 vom 23. Dezember 2021 Erw. 2.4.2), und es ist davon auszugehen, dass er sich, auf freien Fuss entlassen, der Ausschaffung entziehen würde. Damit ist der Haftgrund von Art. 76 Abs. 1 lit. b Ziff. 3 und 4 AIG erfüllt.

### **E. 4**

Bezüglich der Haftbedingungen liegen keine Beanstandungen vor, die geeignet wären, die Haft als unverhältnismässig zu bezeichnen (Protokoll S. 3, act. 51).

- 7 -

### **E. 5**

Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, dass das MIKA dem Beschleunigungsgebot (Art. 76 Abs. 4 AIG) nicht ausreichend Beachtung geschenkt hätte.

### **E. 6**

Das MIKA ordnete die Ausschaffungshaft für drei Monate an. Nachdem der Vollzug der Rückführung massgeblich vom Verhalten des Gesuchsgegners abhängig ist und es diesbezüglich zu Verzögerungen kommen kann, ist die beantragte Haftdauer nicht zu beanstanden. Im Übrigen ist festzuhalten, dass das MIKA bisher stets bemüht war, Ausschaffungen so rasch wie möglich zu vollziehen. Sollte das MIKA entgegen seiner bisherigen Gewohnheit das Beschleunigungsgebot verletzen, besteht die Möglichkeit, ein Haftentlassungsgesuch zu stellen.

### **E. 7**

Abschliessend stellt sich die Frage, ob die Haftanordnung deshalb nicht zu bestätigen sei, weil sie im konkreten Fall gegen das Prinzip der Verhältnismässigkeit verstossen würde. Eine mildere Massnahme zur Sicherstellung des Vollzugs der Wegweisung ist nicht ersichtlich. Bezüglich der familiären Verhältnisse ergeben sich keine Anhaltspunkte, welche gegen eine Haftanordnung sprechen würden. Der Gesuchsgegner macht auch nicht geltend, er sei nicht hafterstehungsfähig. Insgesamt sind keinerlei Gründe ersichtlich, welche die angeordnete Haft als unverhältnismässig erscheinen liessen. III. 1. Gemäss § 28 Abs. 1 EGAR ist das Verfahren betreffend Haftüberprüfung unentgeltlich. Demgemäss werden keine Kosten erhoben. 2. Dem Gesuchsgegner ist gemäss § 27 Abs. 2 EGAR zwingend ein amtlicher Rechtsvertreter zu bestellen, da der Gesuchsteller eine Haft für eine Dauer von mehr als 30 Tagen anordnete. Der Vertreter des Gesuchsgegners wird aufgefordert, nach Haftentlassung des Gesuchsgegners seine Kostennote einzureichen. IV. 1. Der Gesuchsgegner wird darauf hingewiesen, dass ein Haftentlassungsgesuch frühestens einen Monat nach Haftüberprüfung gestellt werden kann (Art. 80 Abs. 5 AIG) und beim

MIKA einzureichen ist (§ 15 Abs. 1 EGAR).

- 8 - 2. Soll die Haft gegebenenfalls verlängert werden, ist nicht zwingend eine Verhandlung mit Parteibefragung durchzuführen (Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide [AGVE] 2009, S. 359 Erw. I/4.3 ff.). Im Rahmen des rechtlichen Gehörs hat das MIKA dem Gesuchsgegner daher die Frage zu unterbreiten, ob er die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wünscht und ob er in diesem Fall eine Präsenzverhandlung verlangt oder mit einer Skype-Verhandlung einverstanden ist (Urteil des Bundesgerichts 2C\_846/2021 vom 19. November 2021). Die Anordnung einer allfälligen Haftverlängerung ist dem Verwaltungsgericht spätestens acht Arbeitstage vor Ablauf der bewilligten Haft einzureichen. 3. Der vorliegende Entscheid wurde den Parteien zusammen mit einer kurzen Begründung anlässlich der heutigen Verhandlung mündlich eröffnet. Das Dispositiv wurde den Parteien ausgehändigt. Der Einzelrichter erkennt:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.